

1502/AB XX.GP

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
zum Nationalrat Mag. Johann Ewald Stadler  
und Kollegen betreffend Sicherheitsrisiko  
Bundesminister Einem

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann Ewald Stadler und  
Kollegen haben am 19. Dezember 1996 unter Nummer 1722/J-NR/96 an  
mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Äußer-  
ungen des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Berend  
Jochem, in Innsbruck (Sicherheitsrisiko Bundesminister Einem)  
gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Sind Ihnen die Aussagen des Vorsitzenden der Deutschen  
Polizeigewerkschaft bekannt ?
2. Welche Konsequenzen ziehen Sie auf den Äußerungen  
Jochems?
3. Sind Ihnen oder den Beamten Ihres Ministeriums noch  
ähnliche Bedenken aus anderen Staaten bekannt?  
Wenn ja, welche genau ?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1 und 2:

Die Aussagen des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft sind mir aus Zeitungsberichten bekannt. Sie sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß durch die Teilnahme Österreichs am Schengen-Abkommen rund 2000 bayrische Grenzpolizisten um ihre Arbeitsplätze fürchten. Anlässlich der am 23. Dezember 1996 vom Bundesminister für Inneres in München geführten Gespräche wurden diese Äußerungen von bayrischer Seite bedauert.

Zu Frage 3:

Nein.